

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1994

Ausgegeben am 28. Dezember 1994

318. Stück

1046. Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-tschechoslowakischer Staatsverträge (NR: GP XVIII RV 1504 AB 1725 S. 168. BR: AB 4828 S. 588.)

1047. Notenwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-tschechoslowakischer Staatsverträge

1046.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages, dessen Z 5 des zweiten, die radizierten Verträge betreffenden Abschnitts verfassungsändernd ist, wird genehmigt.

Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-tschechoslowakischer Staatsverträge

DER BUNDESMINISTER
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Zl. 1175.09/111-IA-GL/93

Wien, am 22. Dezember 1993

Exzellenz,

In Anbetracht dessen, daß die Slowakische Republik nunmehr ein unabhängiger und souveräner Staat ist, beehre ich mich vorzuschlagen, die nachstehend angeführten völkerrechtlichen Verträge im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik in Kraft zu setzen, wobei die Bezeichnungen „Slowakische Republik“ bzw. „slowakisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Tschechoslowakische Republik“, „Tschechoslowakische Sozialistische Republik“, „ČSSR“, „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ oder „ČSFR“ bzw. „tschechoslowakisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über wechselseitigen rechtlichen Verkehr in bürgerlichen Rechtssachen, über Urkundenwesen und über Erteilung von Rechtsauskünften samt Schlußprotokoll ¹⁾ vom 10. November 1961;

¹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 309/1962

2. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen samt Anlagen mit Briefwechsel ²⁾ vom 19. Dezember 1974;

3. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen ³⁾ vom 7. März 1978;

4. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über konsularische Beziehungen ⁴⁾ vom 14. März 1979;

5. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinärwesens ⁵⁾ vom 14. März 1979;

6. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfeleistung auf dem Gebiete des Zollwesens ⁶⁾ vom

²⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 451/1975

³⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 34/1979

⁴⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 526/1980

⁵⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 510/1981

⁶⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 410/1984

18. November 1982, mit der Maßgabe, daß Art. 1 lit. b des Abkommens lautet:

„Zollverwaltungen“ die zentralen Zollbehörden, das sind in der Republik Österreich das Bundesministerium für Finanzen und in der Slowakischen Republik das Ministerium für Finanzen — Zentralzollverwaltung, und die diesen nachgeordneten Zollbehörden;

7. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens ⁷⁾ vom 18. November 1982;

8. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Aufklärung gerichtlich strafbarer Handlungen sowie bei der Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr ⁸⁾ vom 21. Juni 1988, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 5 des Abkommens lautet:

„Bei der Durchführung dieses Abkommens erfolgt jeder dienstliche Verkehr unmittelbar zwischen dem Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich und dem Innenministerium der Slowakischen Republik.“

b) Art. 14 des Abkommens lautet:

„Dieses Abkommen berührt nicht Verpflichtungen, die in anderen zweiseitigen Verträgen sowie in mehrseitigen Verträgen enthalten sind.“

9. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen ⁹⁾ vom 20. Mai 1990, mit der Maßgabe, daß in Art. 3 des Vertrags die Worte „dem Justizminister der Tschechischen Republik oder“ entfallen;

10. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den Schutz von Investitionen ¹⁰⁾ vom 15. Oktober 1990;

11. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Übernahme von Personen an der gemeinsamen Grenze ¹¹⁾ vom 26. August 1991, mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 3 Abs. 2 des Abkommens die Worte „die Sicherheitsdirektionen für Niederösterreich und das Burgenland“ an die Stelle der Worte „die Sicherheitsdirektionen für Niederösterreich oder Oberösterreich“ treten;

b) Art. 4 Abs. 3 erster Satz des Abkommens lautet:

„Das Ersuchen um polizeiliche Durchbeförderung wird auf direktem Weg zwischen dem österreichischen Bundesministerium für Inneres und dem Innenministerium der Slowakischen Republik gestellt und erledigt.“

12. Bilaterales Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über bestimmte Vereinbarungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte samt Anhängen sowie Briefwechsel, mit dem das österreichische Zollzugeständnis für Froschschenkel ¹²⁾ zurückgenommen wird, vom 12. Juni 1992.

Ich beehre mich ferner festzustellen, daß die nachstehend angeführten radizierten völkerrechtlichen Verträge nunmehr im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik in Kraft stehen, wobei die Bezeichnungen „Slowakische Republik“ bzw. „slowakisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Tschechoslowakische Republik“, „Tschechoslowakische Sozialistische Republik“, „ČSSR“, „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ oder „ČSFR“ bzw. „tschechoslowakisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschecho-slowakischen Republik betreffend die Führung der österreichisch-tschecho-slowakischen Grenze und verschiedene, damit zusammenhängende Fragen ¹³⁾ vom 10. März 1921 in der Fassung des Vertrags über die gemeinsame Staatsgrenze ¹³⁾ vom 21. Dezember 1973, soweit dieses Übereinkommen die österreichisch-slowakische Staatsgrenze betrifft;

2. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik zur Regelung der Rechtsverhältnisse an der im Artikel 27, Punkt 6 des Staatsvertrages von St. Germain en Laye zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Österreich vom 10. September 1919 beschriebenen Staatsgrenze (Grenzstatut) ¹⁴⁾ vom 12. Dezember 1928 in der Fassung des Vertrags über die gemeinsame Staatsgrenze ¹⁴⁾ vom 21. Dezember 1973, soweit dieser

⁷⁾ Kundgemacht in ZGBL Nr. 277/1983

⁸⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 212/1990

⁹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 54/1992

¹⁰⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 513/1991

¹¹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 667/1992

¹²⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 730/1992

¹³⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 396/1922 idF BGBl. Nr. 344/1975

¹⁴⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 303/1930 idF BGBl. Nr. 344/1975

Vertrag die österreichisch-slowakische Staatsgrenze betrifft;

3. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen ¹⁵⁾ vom 22. September 1962 in der Fassung des Abkommens vom 3. Jänner 1967 ¹⁵⁾, mit der Maßgabe, daß in Art. 3 Abs. 1 bis 3 des Abkommens jeweils die lit. a bis d entfallen und die bisherige lit. e als lit. a bezeichnet wird;

4. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern samt Schlußprotokoll ¹⁶⁾ vom 7. Dezember 1967;

5. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gemeinsame Staatsgrenze samt Schlußprotokoll ¹⁷⁾ vom 21. Dezember 1973, soweit dieser Vertrag die österreichisch-slowakische Staatsgrenze betrifft;

6. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit

und dem Strahlenschutz ¹⁸⁾ vom 25. Oktober 1989, mit der Maßgabe, daß Art. 8 Abs. 1 lit. b lautet:

„für die slowakische Seite die Atomkontrollbehörde der Slowakischen Republik“;

7. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr ¹⁹⁾ vom 17. Juni 1991.

Falls die Slowakische Republik mit Vorstehendem einverstanden ist, werden diese Note und Ihre bestätigende Antwortnote ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik bilden, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsstaaten einander mitteilen, daß die jeweiligen hierfür erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Alois Mock m. p.

S. E.
Herrn Jozef Moravcik
Minister für auswärtige Angelegenheiten
der Slowakischen Republik
Bratislava

¹⁵⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 41/1964 idF BGBl. Nr. 348/1967

¹⁶⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 106/1970

¹⁷⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 344/1975

¹⁸⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 565/1990

¹⁹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 561/1992

(Übersetzung)

MINISTER ZAHRANIČNÝCH VECÍ
SLOVENSKEJ REPUBLIKY
Číslo:200 085/94 — KM

Bratislava dňa 14. januára 1994

Excelencia,

v nadväznosti na Váš list č.: Zl. 1175.09/111-I.A-GL/93 zo dňa 22. decembra 1993 si Vám na základe poverenia vlády Slovenskej republiky dovoľujem vyjadriť súhlas s tým, aby nasledujúce uvedené zmluvy medzi Slovenskou republikou a Rakúskou republikou nadobudli platnosť, pričom na miesto označenia „Československá republika“, „Československá socialistická republika“, „ČSSR“, „Česká a Slovenská Federatívna Republika“ alebo „ČSFR“ vstupuje označenie „Slovenská republika“ a „Slovenský“ a zároveň budú uskutočnené nasledovné jednotlivo uvedené úpravy:

DER MINISTER FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK
Zahl 200.085/94-KM

Preßburg, am 14. Jänner 1994

Exzellenz,

mit Bezug auf Ihre Note Zl. 1175.09/111-I.A-GL/93 vom 22. Dezember 1993 erlaube ich mir, Ihnen im Auftrag der Regierung der Slowakischen Republik das Einverständnis damit zum Ausdruck zu bringen, daß die nachstehend angeführten Verträge zwischen der Slowakischen Republik und der Republik Österreich in Kraft treten, wobei an die Stelle der Bezeichnungen „Tschechoslowakische Republik“, „Tschechoslowakische Sozialistische Republik“, „ČSSR“, „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ oder „ČSFR“ bzw. „tschechoslowakisch“ die Bezeichnungen „Slowakische Republik“ und „slowakisch“ treten und gleichzeitig die im folgenden einzeln angeführten Anpassungen vorgenommen werden:

1. Zmluva medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskou republikou o vzájomnom právnom styku vo veciach občiansko právnych, o listinách a o právnych informáciách so Záverečným protokolom z 10. novembra 1961.

2. Zmluva medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskou republikou o vysporiadaní určitých finančných a majetkoprávných otázok spolu s výmenou listov z 19. decembra 1974.

3. Dohoda medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskou republikou o zabránení dvojitého zdanenia v oblasti dane z príjmu a majetku zo 7. marca 1978.

4. Dohoda medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskou republikou o konzulárnych stykoch zo 14. marca 1979.

5. Dohoda medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskou republikou o spolupráci v oblasti veterinárstva zo 14. marca 1979.

6. Dohoda medzi vládou Československej socialistickej republiky a vládou Rakúskej republiky o spolupráci a poskytovaní vzájomnej pomoci v oblasti colníctva z 18. novembra 1982, s úpravou, že čl. 1 písm. b) dohody znie:

„Colná správa“ ústredných colných úradov, je v Rakúskej republike Spolkové ministerstvo financií a v Slovenskej republike Ministerstvo financií-Ústredná colná správa, a príslušné colné úrady.

7. Dohoda medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskom o spolupráci v zdravotníctva z 18. novembra 1982.

8. Dohoda medzi vládou Československej socialistickej republiky a vládou Rakúskej republiky o spolupráci pri predchádzaní a odhaľovaní trestných činov a zabezpečovaní bezpečnosti cestnej premávky z 21. júna 1988, s úpravou že:

a) čl. 5 Dohody znie:

Pri vykonávaní tejto Dohody sa uskutočňuje bezprostredný styk medzi Ministerstvom vnútra Slovenskej republiky a Ministerstvom vnútra Rakúskej republiky.

1. Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über wechselseitigen rechtlichen Verkehr in bürgerlichen Rechtssachen, über Urkundenwesen und über Erteilung von Rechtsauskünften samt Schlußprotokoll vom 10. November 1961;

2. Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen samt Anlagen mit Briefwechsel vom 19. Dezember 1974;

3. Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 7. März 1978;

4. Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über konsularische Beziehungen vom 14. März 1979;

5. Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinärwesens vom 14. März 1979;

6. Abkommen zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfeleistung auf dem Gebiete des Zollwesens vom 18. November 1982, mit der Maßgabe, daß Art. 1 lit. b des Abkommens lautet:

„Zollverwaltungen“ die zentralen Zollbehörden, das sind in der Slowakischen Republik das Ministerium für Finanzen und in der Republik Österreich das Bundesministerium für Finanzen — Zentralzollverwaltung, und die diesen nachgeordneten Zollbehörden;

7. Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens vom 18. November 1982;

8. Abkommen zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Aufklärung gerichtlich strafbarer Handlungen sowie bei der Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr vom 21. Juni 1988, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 5 des Abkommens lautet:

„Bei der Durchführung dieses Abkommens erfolgt jeder dienstliche Verkehr unmittelbar zwischen dem Innenministerium der Slowakischen Republik und dem Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich.“

b) čl. 14 Dohody znie:

Táto Dohoda sa nedotýka záväzkov obsiahnutých v ostatných dvojstranných, ako aj mnohostranných zmluvách.

9. Zmluva medzi Českou a Slovenskou Federatívnou Republikou a Rakúskou republikou o vzájomnom výkone súdnych rozhodnutí vo veciach trestných z 20. mája s úpravou, že v čl. 3 Zmluvy odpadajú slová: „ministri spravodlivosti Českej republiky alebo“

10. Dohoda medzi Českou a Slovenskou Federatívnou Republikou a Rakúskou republikou o podpore a vzájomnej ochrane investícií z 15. októbra 1990.

11. Dohoda medzi vládou Českej a Slovenskej federatívnej republiky a vládou Rakúskej republiky o preberaní osôb na spoločnej hranici z 26. augusta 1991 s úpravou, že:

a) v čl. 3. odseku 2 Dohody budú slová „bezpečnostné riaditeľstvo Dolnorakúska“ namiesto slov „bezpečnostné riaditeľstvá Dolnorakúska a Hornorakúska“

b) v čl. 4. odsek 3 prvá veta Dohoda znie:

„Ziadosť o policajnú dopravu bude vybavená priamo medzi Ministerstvom vnútra Rakúska a Ministerstvom vnútra Slovenskej republiky“

12. Bilaterálna dohoda vo forme výmeny listov medzi Českou a Slovenskou Federatívnou Republikou a Rakúskou republikou o určitých dohodách pre poľnohospodárske výrobky a poľnohospodárske spracovateľské produkty spolu s dodatkom, ktorým je stiahnuté rakúske colné povolenie na žabacie stehienka z 12. júna 1992.

Dovoľujem si ďalej konštatovať, že nasledujúce uvedené medzinárodné zmluvy medzi Slovenskou republikou a Rakúskou republikou sú platné, pričom na mieste označenia „Československá republika“, „Československá socialistická republika“, „ČSSR“, „Česká a Slovenská Federatívna Republika“ alebo „ČSFR“, prípadne „československý“ vstupuje označenie „Slovenská republika“ a „slovenský“, a zároveň budú uskutočnené nasledovné jednotlivo uvedené úpravy:

b) Art. 14 des Abkommens lautet:

„Dieses Abkommen berührt nicht Verpflichtungen, die in anderen zweiseitigen Verträgen sowie in mehrseitigen Verträgen enthalten sind.“

9. Vertrag zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Republik Österreich über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen vom 20. Mai 1990, mit der Maßgabe, daß in Art. 3 des Vertrags die Worte „dem Justizminister der Tschechischen Republik oder“ entfallen;

10. Abkommen zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Republik Österreich über die Förderung und den Schutz von Investitionen vom 15. Oktober 1990;

11. Abkommen zwischen der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Regierung der Republik Österreich über die Übernahme von Personen an der gemeinsamen Grenze vom 26. August 1991, mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 3 Abs. 2 des Abkommens die Worte „die Sicherheitsdirektionen für Niederösterreich und das Burgenland“ an die Stelle der Worte „die Sicherheitsdirektionen für Niederösterreich oder Oberösterreich“ treten;

b) Art. 4 Abs. 3 erster Satz des Abkommens lautet:

„Das Ersuchen um polizeiliche Durchbeförderung wird auf direktem Weg zwischen dem österreichischen Bundesministerium für Inneres und dem Innenministerium der Slowakischen Republik gestellt und erledigt.“

12. Bilaterales Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Republik Österreich über bestimmte Vereinbarungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte samt Anhängen sowie Briefwechsel, mit dem das österreichische Zollzugeständnis für Froschschenkel zurückgenommen wird, vom 12. Juni 1992.

Ich erlaube mir ferner festzustellen, daß die nachstehend angeführten zwischenstaatlichen Verträge zwischen der Slowakischen Republik und der Republik Österreich in Kraft stehen, wobei an die Stelle der Bezeichnungen „Tschechoslowakische Republik“, „Tschechoslowakische Sozialistische Republik“, „ČSSR“, „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ oder „ČSFR“ bzw. „tschechoslowakisch“ die Bezeichnungen „Slowakische Republik“ und „slowakisch“ treten und gleichzeitig die im folgenden einzeln angeführten Anpassungen vorgenommen werden:

1. Dohoda medzi Československou Republikou a Rakúskou republikou, týkajúca sa vedenia rakúsko-česko-slovenskej hranice a rôzne spolu súvisiace otázky z 10. marca 1921 v znení zmluvy o spoločných štátnych hraniciach z 21. decembra 1973, pokiaľ sa táto Dohoda týka rakúsko-slovenskej hranice.

2. Zmluva medzi Československou republikou a Rakúskou republikou o úprave právnych pomerov na štátnej hranici opísanej v čl. 27 bod 6 Mierovej zmluvy medzi mocnosťami spojenými s Rakúskom, podpísanej v Saint Germain in Laye dňa 10. septembra 1919 /Hraničný štatút/ v znení Zmluvy o spoločných štátnych hraniciach z 21. decembra 1973, pokiaľ sa táto Dohoda týka rakúsko-slovenskej hranice.

3. Dohoda medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskou republikou o úprave hraničných prechodov železníc z 22. septembra 1962 v znení Dohody z 3. januára 1967 s úpravou, že v čl. 3 ods. 1.3 Dohody odpadajú písmena a)—d) a doterajšie písmeno „e)“ bude označené ako „a)“

4. Zmluva medzi Československej socialistickej republikou a Rakúskou republikou o úprave vodohospodárskych otázok na hraničných vodách spolu so záverečným protokolom zo 7. decembra 1967.

5. Zmluva medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskou republikou o spoločnej štátnej hranici spolu so záverečným protokolom z 21. decembra 1973, pokiaľ sa táto Zmluva týka rakúsko-slovenskej štátnej hranice.

6. Dohoda medzi vládou Československej socialistickej republiky a vládou Rakúskej republiky o úprave otázok spoločného záujmu v súvislosti s jadrovou bezpečnosťou a ochranou pred žiarením z 25. októbra 1989 s úpravou, že čl. 8 ods. 1. písm. b) znie: „za slovenskú stranu Úrad jadrového dozoru Slovenskej republiky“

7. Dohoda medzi Českou a Slovenskou Federatívnou Republikou a Rakúskou republikou o ulahčení pohraničného odbavovania v železničnej, cestnej a vodnej doprave zo 17. júna 1991.

Tento list spolu s listom ministra zahraničných vecí Rakúskej republiky tvorí dohodu, ktorá nadobudne platnosť prvý deň druhého mesiaca, ktorý nasleduje po mesiaci, v ktorom si zmluvné

1. Übereinkommen zwischen der Tschechoslowakischen Republik und der Republik Österreich betreffend die Führung der österreichisch-tschecho-slowakischen Grenze und verschiedene, damit zusammenhängende Fragen vom 10. März 1921 in der Fassung des Vertrags über die gemeinsame Staatsgrenze vom 21. Dezember 1973, soweit dieses Übereinkommen die österreichisch-slowakische Staatsgrenze betrifft;

2. Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Republik und der Republik Österreich zur Regelung der Rechtsverhältnisse an der im Artikel 27, Punkt 6 des Staatsvertrages von St. Germain en Laye zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Österreich vom 10. September 1919 beschriebenen Staatsgrenze (Grenzstatut) vom 12. Dezember 1928 in der Fassung des Vertrags über die gemeinsame Staatsgrenze vom 21. Dezember 1973, soweit dieser Vertrag die österreichisch-slowakische Staatsgrenze betrifft;

3. Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen vom 22. September 1962 in der Fassung des Abkommens vom 3. Jänner 1967, mit der Maßgabe, daß in Art. 3 Abs. 1 bis 3 des Abkommens jeweils die lit. a bis d entfallen und die bisherige lit. e als lit. a bezeichnet wird;

4. Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern samt Schlußprotokoll vom 7. Dezember 1967;

5. Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über die gemeinsame Staatsgrenze samt Schlußprotokoll vom 21. Dezember 1973, soweit dieser Vertrag die österreichisch-slowakische Staatsgrenze betrifft;

6. Abkommen zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz vom 25. Oktober 1989, mit der Maßgabe, daß Art. 8 Abs. 1 lit. b lautet: „für die slowakische Seite die Atomkontrollbehörde der Slowakischen Republik“;

7. Abkommen zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr vom 17. Juni 1991.

Diese Note bildet zusammen mit der Note des Außenministers der Republik Österreich ein Abkommen, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt,

strany vzájomne oznámili, že boli splnené podmienky pre nadobudnutie platnosti tejto dohody.

S prejavom hlbokej úcty
i. V. Lisuch

J. E.
Alois Mock
minister zahraničných vecí
Rakúskej republiky
Viedeň

in dem die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung
i. V. Lisuch

S. E.
Herrn Alois Mock
Minister für auswärtige Angelegenheiten
der Republik Österreich
Wien

Die im Notenwechsel vorgesehenen Mitteilungen über die Erfüllung der für das Inkrafttreten erforderlichen Voraussetzungen wurden am 4. August bzw. 25. November 1994 abgegeben; der Notenwechsel tritt mit 1. Jänner 1995 in Kraft.

Vranitzky

1047. Notenwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-tschechoslowakischer Staatsverträge

DER BUNDESMINISTER FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
Zl. 1175.09/111-IA-GL/93

Wien, am 22. Dezember 1993

Exzellenz,

In Anbetracht dessen, daß die Slowakische Republik nunmehr ein unabhängiger und souveräner Staat ist, beehre ich mich vorzuschlagen, die nachstehend angeführten völkerrechtlichen Verträge im Verhältnis zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik in Kraft zu setzen, wobei die Bezeichnungen „Slowakische Republik“ bzw. „slowakisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Tschechoslowakische Republik“, „Tschechoslowakische Sozialistische Republik“, „ČSSR“, „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ oder „CSFR“ bzw. „tschechoslowakisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Notenwechsel zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitige Übermittlung von Schul- und anderen ähnlichen Dokumenten ¹⁾ vom 13. Februar 1962;

2. Verwaltungsübereinkommen zwischen dem Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft der Republik Österreich und dem

Verkehrsministerium der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Beförderung von Personen im Kraftfahrlinienverkehr vom 21. Oktober 1964;

3. Übereinkommen zwischen dem Bundesministerium für Finanzen der Republik Österreich und dem Finanzministerium der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die steuerliche Behandlung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs auf der Straße ²⁾ vom 30. Juni 1967 in der Fassung des Protokolls vom 16. Dezember 1970 ²⁾;

4. Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie der Republik Österreich und dem Ministerium für Verkehrswesen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Durchführung des grenzüberschreitenden nichtlinienmäßigen Personenverkehrs mit Omnibussen und den grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr ³⁾ vom 19. Oktober 1967;

5. Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Außerkraftsetzung des Zahlungsabkommens vom 29. Oktober 1948 und den Übergang zum Zahlungsverkehr in frei konvertierbarer Währung ⁴⁾ vom 22. Oktober 1971;

²⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 299/1967 idF BGBl. Nr. 84/1971

³⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 24/1968

⁴⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 496/1971

¹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 192/1962

6. Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik betreffend den Post- und Fernmeldedienst⁵⁾ vom 19. Juli 1982;

7. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht⁶⁾ vom 18. Jänner 1990.

Ich beehre mich ferner festzustellen, daß die nachstehend angeführten radizierten völkerrechtlichen Verträge nunmehr im Verhältnis zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik in Kraft stehen, wobei die Bezeichnungen „Slowakische Republik“ bzw. „slowakisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Tschechoslowakische Republik“, „Tschechoslowakische Sozialistische Republik“, „ČSSR“, „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ oder „ČSFR“ bzw. „tschechoslowakisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik über die Regelung der Donauschiffahrt⁷⁾ vom 27. Jänner 1955;

2. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik über die Ausbeutung der gemeinsamen Erdgas- und Erdöllagerstätten⁸⁾ vom 23. Jänner 1960;

3. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik über die Grundsätze der geologischen Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik⁹⁾ samt Briefwechsel vom 23. Jänner 1960 mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 2 des Abkommens das Wort „Preßburg“ an die Stelle des Wortes „Prag“ tritt;

b) Art. 10 des Abkommens lautet:

„Die Durchführung dieses Abkommens obliegt auf österreichischer Seite der Geologischen Bundesanstalt in Wien im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten—Oberste Bergbehörde und auf slowakischer Seite dem Ministerium für Umwelt der Slowakischen Republik in Preßburg;

4. Vereinbarung zwischen den Österreichischen Bundesbahnen und der tschechoslowakischen Eisenbahnverwaltung über den grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr vom 22. März 1963;

5. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über das Betreten der durch Regulierung von Grenzgewässern betroffenen Gebietsteile¹⁰⁾ vom 11. Mai 1978;

6. Vereinbarung gemäß Artikel 2 Absatz 4 des Abkommens vom 17. Juni 1991 zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr zur Errichtung vorgeschobener Grenzabfertigungsstellen in den Bahnhöfen Wien-Südbahnhof, Marchegg und Bratislava-Hauptbahnhof sowie über die Grenzabfertigung während der Fahrt auf der Strecke zwischen den Bahnhöfen Wien-Südbahnhof und Bratislava-Hauptbahnhof¹¹⁾ vom 27. Mai 1992.

Falls die Regierung der Slowakischen Republik mit Vorstehendem einverstanden ist, werden diese Note und Ihre bestätigende Antwortnote ein Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik bilden, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander mitteilen, daß die jeweiligen hierfür erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Mock m. p.

S. E. Herrn Jozef Moravcik
Minister für auswärtige Angelegenheiten
der Slowakischen Republik
Bratislava

¹⁰⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 309/1978

¹¹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 563/1992

MINISTER OF FOREIGN AFFAIRS
OF THE SLOVAK REPUBLIC

Číslo: 200 085/94 — KM

Bratislava, dňa 14. januára 1994

Excelencia,

v nadväznosti na Váš list č.: Zl. 1175.09/111-
I.A-GL/93 zo dňa 22. decembra 1993 si Vám na
základe poverenia vlády Slovenskej republiky
dovoľujem vysloviť súhlas s tým, aby nasledujúce
vedené zmluvy medzi vládou Slovenskej republiky
a Spolkovou vládou Rakúska nadobudli platnosť,
pričom na miesto označenia „Československá

⁵⁾ Kundgemacht in PuTVBl. 32/1982, Nr. 299

⁶⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 47/1990

⁷⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 74/1956

⁸⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 53/1985

⁹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 52/1985

republika“, „Československá socialistická republika“, „ČSSR“, „Česká a Slovenská Federatívna Republika“, alebo „ČSFR“, prípadne „československý“ vstupuje označenie „Slovenská republika“ a „slovenský“ a zároveň budú uskutočnené nasledovné jednotlivo uvedené úpravy:

1. Výmena nót medzi vládou Československej socialistickej republiky a Spolkovou vládou Rakúska o zasielaní školských a podobných dokumentov z 13. februára 1962.

2. Dohoda medzi Ministerstvom dopravy Československej socialistickej republiky a Spolkovým ministerstvom dopravy a energetiky Rakúskej republiky o doprave osôb z 21. októbra 1964.

3. Dohoda medzi Ministerstvom financií Československej socialistickej republiky a Spolkovým ministerstvom financií Rakúskej republiky o zdanení medzinárodnej nákladnej cestnej dopravy z 30. júna 1967 v znení protokolu zo 16. decembra 1970.

4. Dohoda medzi Ministerstvom dopravy Československej socialistickej republiky a Spolkovým ministerstvom obchodu, živnosti a priemyslu Rakúskej republiky o prevádzkovaní medzinárodnej nepravidelnej autobusovej dopravy a medzinárodnej nákladnej dopravy z 19. októbra 1967.

5. Dohoda medzi vládou Československej socialistickej republiky a Spolkovou vládou Rakúska o zrušení Platobnej dohody z 29. októbra 1948 a prechod na platobný styk vo voľne zameniteľnej mene z 22. októbra 1971.

6. Dohoda medzi vládou Československej socialistickej republiky a Spolkovou vládou Rakúska o poštových a telekomunikačných službách z 19. júla 1982.

7. Dohoda medzi vládou Československej socialistickej republiky a Spolkovou vládou Rakúska o zrušení vízovej povinnosti z 18. januára 1990.

Dovol'ujem si ďalej konštatovať, že nasledujúce uvedené medzinárodné zmluvy medzi Slovenskou republikou republikou a Rakúskou republikou sú platné, pričom na miesto označenia „Československá republika“, „Československá socialistická republika“, „ČSSR“, „Česká a Slovenská Federatívna Republika“ alebo „ČSFR“, prípadne „československý“, vstupuje označenie „Slovenská republika“ a „slovenský“ a zároveň budú uskutočnené nasledovné jednotlivo uvedené úpravy:

1. Dohoda medzi vládou Československej republiky a Spolkovou vládou Rakúska o úprave plavby na Dunaji z 27. januára 1955.

2. Dohoda medzi vládou Československej republiky a Spolkovou vládou Rakúska o ťažbe spoločných ložísk zemného plynu a nafty z 23. januára 1960.

3. Dohoda medzi vládou Československej republiky a Spolkovou vládou Rakúska o zásadách geologickej spolupráce medzi Rakúskou republikou a Československou republikou spolu s výmenou listov z 23. januára 1960 s úpravou, že:

a) v článku 2 Dohody nastúpi slovo „Bratislava“ namiesto slova „Praha“;

b) čl. 10 Dohody znie:

„Uskutočňovanie tejto Dohody za rakúsku stranu prináleží Geologickému spolkovému úradu vo Viedni a Spolkovému ministerstvu pre hospodárske záležitosti a za slovenskú stranu Ministerstvu životného prostredia SR v Bratislave.“

4. Dohoda medzi Československými dráhami a Spolkovými dráhami Rakúska o pohraničnej železničnej doprave z 22. marca 1963.

5. Dohoda medzi vládou Československej socialistickej republiky a Spolkovou vládou Rakúska o vstupe na časti územia dotknutými úpravami hraničných vôd z 11. mája 1978.

6. Dohoda podľa čl. 2 odseku 4 Dohody zo 17. júna 1991 medzi Českou a Slovenskou Federatívnou Republikou a Rakúskou republikou o uľahčení hraničného odbavenia v železničnej, cestnej a vodnej doprave a o zriadení predsunutých odbavovacích hraničných stanovišť v staniach Viedeň-Südbahnhof, Marchegg a Bratislava-hlavná stanica, ako aj o hraničnom odbavení počas jazdy na trase medzi stanicami Viedeň-Südbahnhof a Bratislava-Hlavná stanica z 27. mája 1992.

Tento list spolu s listom ministra zahraničných vecí Rakúskej republiky tvorí Dohodu, ktorá nadobudne platnosť prvý deň druhého mesiaca, ktorý nasleduje po mesiaci, v ktorom si zmluvné strany vzájomne oznámili, že boli splnené podmienky pre nadobudnutie platnosti tejto Dohody.

S prejavom hlbokej úcty

i. V. Lisuch

J. E. Alois Mock
minister zahraničných vecí
Rakúskej republiky

Viedeň

(Übersetzung)

DER MINISTER FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK

Zahl 200.085/94-KM

Preßburg, am 14. Jänner 1994

Exzellenz,

mit Bezug auf Ihre Note Zl. 1175.09/111-I.A-GL/93 vom 22. Dezember 1993 erlaube ich mir, Ihnen im Auftrag der Regierung der Slowakischen

Republik das Einverständnis damit zum Ausdruck zu bringen, daß die nachstehend angeführten Verträge zwischen der Regierung der Slowakischen Republik und der Österreichischen Bundesregierung in Kraft treten, wobei an die Stelle der Bezeichnungen „Tschechoslowakische Republik“, „Tschechoslowakische Sozialistische Republik“, „ČSSR“, „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ oder „ČSFR“ bzw. „tschechoslowakisch“ die Bezeichnungen „Slowakische Republik“ und „slowakisch“ treten und gleichzeitig die im folgenden einzeln angeführten Anpassungen vorgenommen werden:

1. Notenwechsel (es folgt der weitere Text der Eröffnungsnote in deutscher Sprache) 27. Mai 1992.

Diese Note bildet zusammen mit der Note des Außenministers der Republik Österreich ein Abkommen, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

i. V. Lisuch

S.E. Herrn Alois Mock
Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
der Republik Österreich
Wien

Die im Notenwechsel vorgesehenen Mitteilungen über die Erfüllung der für das Inkrafttreten erforderlichen Voraussetzungen wurden am 25. August bzw. 30. November 1994 abgegeben; der Notenwechsel tritt mit 1. Jänner 1995 in Kraft.

Vranitzky